

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adolph, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Verlagspreis: Nr. 81 und 82, 12 Hefen (inkl. Post) 4.00, Schneeberg 10, Schwarzenberg 10.00, Dresden/Leipzig, Postfach 10000.

Wichtiges: Anzeigen für die am Donnerstag erscheinende Nummer des nachmittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Anzeigen aus angeführten Tagen kann an bestimmter Stelle nicht gegeben werden, auch nicht für die Richtigkeit der durch den Verleger abgedruckten Anzeigen. — Für Rücksendung von eingeleiteten Anzeigen übernimmt die Geschäftsleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Rückzug gelten Redaktionen als nicht vereinbart. Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Adolph, Schneeberg und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Der Preis für die 34 zum breiten Format-Ansatz gehörigen im Umkreisbezirk 10 (Familienanzeigen und Einzelanzeigen 15), auswärts 25, für die 90 zum breiten Format-Ansatz gehörigen 20, auswärts 30, für die 90 zum breiten Format-Ansatz 25, auswärts 35. Abonnement: Vierteljahr 1.00, halbjährlich 1.80, jährlich 3.50. Bestellschein: Leipzig Nr. 10226. Bestellschein-Adresse: Aue, Erzgeb. Nr. 25.

Nr. 87.

Donnerstag, den 15. April 1926.

79. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Gustav Emil Berndt in Aue, alleinigen Inhabers der Firma Emil Berndt daselbst, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Amtsgericht Aue, den 13. April 1926.

Ueber das Vermögen des Tapezierers und Dekorateurs Paul Richard Fischer in Schneeberg wird heute, am 10. April 1926, mittags 12 Uhr 25 Minuten, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Richard Böhm in Schneeberg wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Mai 1926 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 5. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 28. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner veräußern oder leisten, muß auch den Ver-

der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache absonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 3. Mai 1926 anzeigen.

Amtsgericht zu Schneeberg.

Aue. Legehholzzeichen betr.

Hiesige Arme, die für das Jahr 1926/27 einen Legehholzschein wünschen, wollen sich persönlich spätestens bis zum 30. April 1926 im Stadthaus, Zimmer 21, melden. Die abgelaufenen Legehholzscheine sind bei dieser Gelegenheit zurückzugeben.

Aue i. Erzgeb., 12. April 1926.

Der Rat der Stadt. — Fürsorgeamt. —

Deffentliche Stadtverordnenenstzung in Aue

Freitag, den 16. April 1926, nachmittags 1/6 Uhr, im Stadtverordnetenstzungssaal.

Tagesordnung: 1. Richtspruchung der Rechnung der Stadtbank für 1924. 2. Abänderung der Bezeichnung der städtischen Handelschule. 3. Abänderung der Gebührenordnung des Schlacht- und Blechhofes. 4. Erstattung der Uebernachtungskosten bei Dienstreisen der Beamten usw. 5. Pflasterung der Straße zwischen Großvieh-Schlachthalle und Fleischverkaufshalle. 6. Anlegung einer Verkehrsinsel auf dem Bahnhofsvorplatz. 7. Gewährung einer Unterstützung für den Bau einer Straße Bodau-Blauenhal. 8. Antrag des Stadtverordneten Fabian und der kommunalistischen Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Grund- und Gewerbesteuer Vorauszahlungen betr.

Die für das Rechnungsjahr 1925 (1. April 1925 bis 31. März 1926) geleisteten Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer sind in der bisherigen Höhe bis längstens zum 31. Juli 1926 fort zu entrichten.

Die Vorauszahlungen sind fällig: a) auf die Grundsteuer am 15. April 1926 und 15. Juli 1926; b) auf die Gewerbesteuer am 15. Mai 1926. Steuerbescheide werden nicht zugestellt. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die Vorauszahlung unter Vorlegung des bisherigen Bescheides rechtzeitig an das Stadtsteueramt abzuführen. Die Arbeitsverabgabe ist ebenfalls in der bisherigen Weise fort zu entrichten.

Schwarzenberg, am 7. April 1926.

Der Rat der Stadt. — Stadtsteueramt. —

Verbands-Handels- und Gewerbeschule Schwarzenberg.

Abteilung für Erwachsene.

Es beginnen je nach Bedarf neue Abendkurse für Reichsdeutsch, Buchführung, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Algebra, Technisches Rechnen, Projektionszeichnen und Fachzeichnen.

Damen und Herren, die an einem solchen Besuche teilzunehmen wünschen, werden gebeten, sich Donnerstag, den 15. April, abends 1/7 Uhr, im Zimmer 7 (Erdbeschuß) zu einer Besprechung einzufinden.

Schwarzenberg, den 12. April 1926. Die Direktion.

Italienische Außenpolitik.

Von Dr. C. Rubattino, Rom.

Mit Dornro und Genf hatte Italien nur insofern etwas zu tun, als es die dort getriebene Politik, obwohl an hervorragender Stelle an ihr beteiligt, erbittert bekämpfte. Das hat zunächst innerpolitische Gründe. Das faschistische Italien vertritt bewußt ein den parlamentarisch regierten Staaten schroff entgegengesetztes Prinzip und macht in der inneren Konsolidierung seines Systems ständig Fortschritte. Dafür war der Rücktritt des einst einflussreichen faschistischen Generalsekretärs Roberto Farinacci, der unmittelbar neben Mussolini stand und der Organisation der Schwarzhemden militärische Straffähigkeit gegeben hat, ein beachtliches Symptom. Er vertrat mit seinem draufgängerischen, revolutionären Temperament den Faschismus als Opposition. Aber dieser soll jetzt kein Staat mehr im Staat, sondern der Staat selber sein. Während die Schwarzhemden früher nur als Beigeordnete des Staatsapparats kontrollierten, sind sie jetzt selbst Staatsbeamte, und die fortschreitende Aufhebung der kommunalen Selbstverwaltung macht Italien immer mehr zu einem diktatorisch regierten Beamtenstaat.

In außenpolitischer Beziehung erkennt der Faschismus nur die Idee des Nationalstaates an und lehnt deshalb, wie allen Internationalismus, auch den Völkerbund ab. Allerdings ist seine zur Schau getragene Selbstherrlichkeit nicht immer ganz echt. Wenn Mussolini am Jahrestag der Gründung der Fasci ausrief, er stehe auf alles, was man im Ausland sage, so steht dazu in auffallendem Gegensatz die Nervosität, mit der die im amerikanischen Senat geübte Kritik an der Verhandlung Südtirols in Rom aufgenommen wurde. Amerika ist Italiens Gläubiger. Wie auch aus dem Bericht Houghtons hervorgeht, hat sich Mussolini die Stimmung in Washington verdorben, wo die Ratifizierung des italienischen Schuldvertrages einstweilen ausgelegt ist. Allerdings wird der Faschismus nie aus Rücksicht auf die internationale Hochfinanz seine staatlichen Ideale preisgeben.

War die Saboteage in Genf also auf der einen Seite eine Demonstration faschistischer Staatsauffassung, so lag sie andererseits doch auch in der außenpolitischen Linie, die Mussolini sich vorgezeichnet hat. Er will Italien zum Erben der deutschen Wirtschaftshegemonie auf dem Balkan und im Donauboden machen, und das magische Seil, mit dem der Duce den Balkan vor den italienischen Triumpfwagen spannen wollte, sollte die deutsche Gefahr sein. Diese abwegige osteuropäische, gegen Deutschland gerichtete Politik Italiens steht erfreulicherweise bereits jetzt vor einem Scherbenhaufen und hat ihrem Träger einen empfindlichen Stoß versetzt. Symptomatisch dafür war der Rücktritt des Außenministers Contarini, ohne den Mussolini wichtige außenpolitische Entscheidungen getroffen, u. a. seine grimmigen Redeschlachten gegen Deutschland geführt hatte. Die Besprechungen zwischen Mussolini und Nikitschitsch hatten die Verhinderung des Anschlusses Österreichs, eventuell dessen Aufteilung südlich der Donau zum Ziel. Dazu sollten militärische Abmachungen mit einigen Balkanstaaten, insbesondere Jugoslawien treten.

Bei dieser osteuropäischen Politik stehen aber Frankreich und Italien aufeinander. Frankreich hat gegen Deutschland die kleine Entente zusammengebracht und mit Polen, der Tschechei und Rumänien Militärbündnisse abgeschlossen. Diesem System möchte es auch Jugoslawien angliedern. Es bestand deshalb von vornherein darauf, daß es bei einem Pakt zwischen diesem und Italien der Dritte im Bunde sein müßte, aber Mussolini

hat das jetzt wie 1924 als unannehmbar bezeichnet. Der Duce hat Orjan warnte Jugoslawien rechtzeitig und nicht ohne Erfolg, weil man dort in einem gegen Deutschland gerichteten Bündnis mit Italien schon längst ein Haar gefunden hatte. Im Parlament zu Belgrad wurde Widerspruch gegen eine allzu italienfreundliche Politik laut, weil Deutschland doch wieder einmal die vorherrschende Macht in Zentraluropa werden müsse, Italien aber doch immer nur eine Macht zweiten Ranges bleiben dürfte.

Nikitschitsch hat auf seiner Rückreise von Genf Rom nicht berührt, sondern von Belgrad aus lediglich ein Angebot gemacht, das über den bereits bestehenden Freundschaftsvertrag mit Italien nicht hinausgeht. Der Pakt mit Jugoslawien ist also fehlgeschlagen. Belgrad hat sich weder an Rom, noch an Paris gebunden. Auch hier hat Venedig seine Hand mit im Spiele gehabt. Er möchte nicht, daß durch eine Aufteilung Österreichs die italienische Grenze zu nahe an die Tschechei geschoben werde. Er ist ein beachtlicher Gegenspieler des Duce, und der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Prag war ein deutlicher Wink nach Rom.

Das war die außenpolitische Seite jenes auffälligen Diplomatenbesuchs, dessen sonstige Bedeutung gewiß am wenigsten in Deutschland selbst überschätzt werden dürfte. In der Tschechei werden dreieinhalb Millionen Deutsche politisch entrechtet und mißhandelt. Nicht Diplomatenbesuche und offizielle Verhandlungen entscheiden über die Beziehungen der Staaten zueinander, sondern das Verhältnis von Volk zu Volk. Von größerem Gewicht als der Besuch Dr. Ramsels in Prag war deshalb, daß die deutschen Parlamentarier in der Tschechei, die zum Empfang des Bundeskanzlers auf die Prager Burg geladen waren, es abgelehnt hatten, zu erscheinen.

Was die letzten Endes entscheidenden Beziehungen zwischen dem deutschen und dem italienischen Volk als solchen angeht, so steht, abgesehen von der auf die Dauer gewiß nicht überwindlichen südtiroler Frage, nichts Erhebliches zwischen ihnen.

Es ist zu hoffen, daß Mussolini, der nicht immer deutschfeindlich eingestellt war, nach dem Scheitern seiner Balkanpläne eine politische Linie verlassen wird, die für Italien unnatürlich und gefährlich ist, weil sie es in dauerndem Gegensatz zu der großen und zukunftsreichen Zentralmacht Europas bringen müßte, mit der es mehr Berührungspunkte als Differenzen hat. — Je früher Mussolini seine Aggressivität gegen den ehemaligen Dreibundgefährten aufgibt, um so eher wird dieser in der Lage sein, sich objektiv zu der Mittelmeerpolitik zu verhalten, auf die Natur und Geschichte die Apenninhalbinsel hinweisen. Italien hat seine Blicke sehnsüchtig nach Nordafrika, Kleinasien und die gesamte Levante gerichtet. Sein kolonialer Ehrgeiz ist erkrankt. Nach der Rückkehr von seiner Flottenparade bei Tripolis wird der Duce am 21. April, dem Geburtsstag Roms, eine koloniale Politik erlassen. Sollte er dabei freilich sein Auge auch auf ehemaligen deutschen Kolonialbesitz richten, der rechtlich ja noch Deutschland gehört, so wäre das nicht zuletzt vom italienischen Standpunkt aus ein schwerer Fehler.

Die entscheidende Grundlage der italienischen Mittelmeerpolitik bildet die Flotte. Wenn sich Italien auch einstweilen eine Schlachtflotte von Großkampfschiffen nicht leisten kann, so bilden doch U-Boote, Torpedobootsflotten und die Luftwaffe einen sehr wirksamen Schutz der langausgestreckten Küsten der Hal-

insel. Schon allein mit diesen Kampfmitteln könnte Italien den englischen Seeweg nach Indien ebenso abschneiden wie die Verbindungslinie zwischen Frankreich und seinen nordafrikanischen Kolonien.

Hier eröffnen sich Zusammenhänge und Zukunftsmöglichkeiten, die das zerrißene Band zwischen Deutschland und Italien einmal wieder zusammenknüpfen könnten.

Russolins Phantastereien.

Rom, 13. April. Wie aus Tripolis gemeldet wird, hielt Mussolini beim Besuch des Fasco eine Ansprache. Er führte u. a. aus, er wolle, daß die faschistische Militärs in die Kolonien komme, um sie der kleinsten lokalen Politik zu entziehen und mit der harten Wirklichkeit in Fühlung zu bringen. Er wäre auch abgerichtet, wenn seine Verwundung schwerer gewesen wäre, denn das sei die Art des Faschisten, der es nicht liebt, aufzuflehen, was er sich vorgenommen habe. Dieser erste Tag erfüllte seine ganze Begeisterung, denn er finde die Italiener würdig des Jafien, das der Faschismus schon in den Schützengräben und bei dem March auf Rom, der eine neue Gesichtspunkt eröffnen sollte, mitgebracht habe. Es sei nicht ohne tiefere Bedeutung, daß er dies an den Ufern des Meeres sage, das Roms Meer gewesen sei und wieder Roms Meer werde. Er fühle sich umgeben von einem Volke von Soldaten, Kolonisten und Pionieren. Dieses aufsteigende Italien werde sich von der Last seiner glorreichen Vergangenheit nicht hemmen lassen, sondern anspornen lassen, um immer rascher dem unausbleiblichen Triumph von morgen entgegen zu marschieren.

Die Kompromißverhandlungen.

Berlin, 13. April. Im Reichstage traten heute die Vertreter der Regierungsparteien zu einer Konferenz mit dem Reichsinnenminister Dr. Kütz und Vertretern des Reichsjustizministeriums zusammen, um die Verhandlungen über den Kompromißentwurf über die Fürstenabfindung fortzuführen. Die Verhandlungen hatten einen streng vertraulichen Charakter.

Berlin, 13. April. Zu den heutigen Verhandlungen der Regierungsparteien über den Kompromißentwurf zur Fürstenabfindung teilt das „V. T.“ mit, daß der Kompromißentwurf noch einmal vom Reichsjustizministerium überarbeitet wurde und eine Reihe von Änderungen vorgenommen worden sind. Die heutigen Besprechungen ergaben eine Reihe von Differenzpunkten, vor allem in der Frage der Rückwirkung. Das Blatt rechnet damit, daß der Reichsanwalt die Führer der Regierungsparteien für Freitag zu einer Besprechung zusammenberufen wird, bei der dann, soweit die Regierungsparteien in Frage kommen, die Entscheidung über den abgeänderten Kompromißentwurf fallen soll. Wahrscheinlich wird der preussische Finanzminister am nächsten Dienstag im Rechtsausschuß für die preussische Regierung eine Erklärung für den Kompromißentwurf abgeben. Das Plenum des Reichstages dürfte sich in den letzten Apriltagen mit der Angelegenheit befassen.

Paris, 13. April. Der Reichskommissar in den besetzten Gebieten, Frhr. Langwerth v. Simmern ist heute vormittag in Paris eingetroffen, um mit Reichsminister v. Hoess verschiedene das Besatzungsregime betreffende Fragen zu besprechen. Der Reichskommissar hat sich nur einige Stunden in Paris aufgehalten und bereits am späten Nachmittag die Rückreise nach Koblenz angetreten.